Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 12. 12. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/5456 –

Keine neuen Raketen in Europa – stattdessen Stärkung der globalen Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller ist das Zerstörungspotential der Waffenarsenale der sieben bekannten Atommächte trotz Fortschritten in der nuklearen Abrüstung gewaltig geblieben. Im Hinblick auf die 2010 anstehende Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrages müssten ernsthafte Anstrengungen für eine neue globale Abrüstungsinitiative unternommen werden.

Das geplante mehrstufige Raketenabwehrsystem der USA werde die Abrüstungsbemühungen vor allem im Bereich strategischer atomarer Waffen schwächen und das gesamte Rüstungskontrollregime untergraben. Es bedeute zudem die verstärkte militärische Nutzung des Weltraums durch Stationierung von Früherkennungssatelliten und durch die Entwicklung von Waffen für Abfangmissionen außerhalb der Erdatmosphäre. Ebenso sei mit Sorge zu betrachten, dass die Unterstellungen der US-Regierung hinsichtlich der Intentionen und Handlungen des Iran sowie die Aufstellung eines gegen Iran gerichteten Raketenabwehrsystems die Bemühungen um vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit Iran erschwerten.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, sich weder für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Europa zu verwenden noch sich an der Entwicklung und dem Aufbau eines Systems zur Abwehr interkontinentaler ballistischer Raketen zu beteiligen. Die Bundesregierung soll weiterhin aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, die bereits installierten Systeme in Großbritannien und Dänemark außer Dienst zu stellen, eine weitere Militarisierung des Weltraums zu verhindern, einen Dialog zwischen den USA und dem Iran zur diplomatischen Lösung der politischen Konflikte anzustreben, die Maßnahmen gegen die Proliferation ballistischer Raketen zu verstärken sowie rechtzeitig vor der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Jahr 2010 Vorschläge für Abrüstungsschritte der Atomwaffenstaaten einzubringen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5456 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg

Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer Berichterstatter

Jürgen Trittin Berichterstatter **Dr. Rolf Mützenich** Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache** 16/5456 in seiner 105. Sitzung am 21. Juni 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg

Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke

Wolfgang Genrck Berichterstatter **Dr. Rolf Mützenich**Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Dr. Werner HoyerBerichterstatter